

Stellungnahme

Berlin, 1. Dezember 2015



BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Verbreitung neuer psychoaktiver Stoffe (Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz – NpSG)

Der BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft vertritt als Fachgewerkschaft der Bundesfinanzverwaltung in Abstimmung mit den BDZ - Bezirksverbänden und Fachausschüssen das Gesamtinteresse seiner rund 25.000 Mitglieder und der Beschäftigten der Bundesfinanzverwaltung. Auf dieser Basis nehmen wir Stellung zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Verbreitung neuer psychoaktiver Stoffe (Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz – NpSG).

Zu: Begründung, A. I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der BDZ unterstützt die Zielsetzung des Gesetzentwurfs.

Der Zollfahndungsdienst ist im Rahmen seiner Ermittlungstätigkeit bereits jetzt umfangreich von dem Vorhandensein neuer psychoaktiver Stoffe (NPS) betroffen.

Beim Auffinden dieser Stoffe z. B. im Rahmen von Wohnungsdurchsuchungen etc. sowie bei Aufgriffen der zuständigen Kontrolleinheiten des Zolls im Rahmen der grenzüberschreitenden Überwachung des Waren-, Personen- und Postverkehrs werden diese Stoffe regelmäßig sichergestellt und dem Bildungs- und Wissenschaftszentrum (BWZ) zur wissenschaftlichen Untersuchung auf das Vorhandensein von dem BtMG oder AMG unterliegenden Substanzen vorgelegt. Bei negativer Untersuchung werden die sog. "Legal Highs" wieder an den Eigentümer herausgegeben.

Der BDZ begrüßt die Gesetzesinitiative, mit der nun die Regelungs- und Strafbarkeitslücke geschlossen und Rechtssicherheit geschaffen wird.

Stellungnahme

Berlin, 1. Dezember 2015



Personalmitteln entstehen wird. Der Entwurf selbst verweist darauf, dass dieser Mehrbedarf an Personalmitteln stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan auszugleichen ist.

[REDACTED]

[REDACTED]

